



Freitag, 21. Mai 2021, Erdinger Anzeiger / Bericht: MARKUS SCHWARZKUGLER

## **„Geknebeltes“ Wartenberg**

### **Kitas: Gemeinde zahlt für Beitragsersatz, übt aber Kritik am Staat**

Es ist ein Unding, dass der Staat nicht 100 Prozent übernimmt. Michael Pröbst (CSU) Wartenberg – „Geknebelt“ werden die Gemeinden bei den Ersatzzahlungen für die Elternbeiträge in den Kindertagesstätten, so hatte es Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) kürzlich schon im Finanzausschuss formuliert. Durchschnittlich 70 Prozent übernimmt der Freistaat, die restlichen 30 Prozent können die Kommunen freiwillig beisteuern. Der Marktrat hat nun in seiner Sitzung am Dienstag einstimmig beschlossen, trotz der schwierigen Haushaltslage den Eltern entgegenzukommen und das Geld für die Monate Januar bis Mai auch zu erstatten. Bei diesem Familienthema will sich die Gemeinde freilich nichts nachsagen lassen, nur herrscht wenig Verständnis dafür, warum der Freistaat nicht alles übernimmt und auch die Kommunen quasi zum Mitzahlen drängt. „Es ist ein Unding, dass der Staat nicht 100 Prozent übernimmt“, wettete Michael Pröbst (CSU). Das treffe die Gemeinden. „Aber wir müssen das schlucken und übernehmen“, stellte er auch klar. Melanie Falzetta (Grüne) bezeichnete es als „absolut bitter“, dass der Freistaat nur 70 Prozent übernehme. Trotz der schwierigen Haushaltslage sei es aber „eine Selbstverständlichkeit“, den Eltern entgegenzukommen. Es bedürfe „dringend einer Maßnahme, um auf der einen Seite die Eltern nicht mit einer Zahlung zu belasten, für die sie keine Betreuungsleistung erhalten oder in Anspruch nehmen, sowie auf der anderen Seite den Trägern beziehungsweise Kitas eine Kompensation zu bieten, die die Leistung wegen staatlicher Anordnung nicht anbieten dürfen“, schreibt die Gemeindeverwaltung.

Von Januar bis März kommen auf den Markt Kosten in Höhe von 12 000 Euro zu, die Monate April und Mai sind noch nicht berechnet. Hochgerechnet wären es dann inklusive dieser beiden Monate 20 000 Euro. VG-Geschäftsleiter Werner Christofori zeigte sich aber optimistisch, dass der Betrag letztlich geringer sein wird. Schließlich würden aktuell wieder mehr Eltern das Betreuungsangebot in der Kita in Anspruch nehmen als noch zu Beginn des Jahres. Weil die Beträge, die der Freistaat zahlt, Christofori zufolge doch beträchtlich sind, werde die Gemeinde letztlich auch gar nicht auf 30, sondern eher 15 bis 20 Prozent der Kosten sitzen bleiben.

CSU-Rätin Isabell Haindl, die das Pfarrkinderhaus leitet – auch für diese Einrichtung mit kirchlichem Träger wird die Gemeinde zahlen – zeigte sich wegen der aktuellen Pandemieentwicklung optimistisch, dass im Juni/Juli wohl keine nennenswerten Entlastungszahlungen nötig sein werden. In diesem Zeitraum rechnet sie nämlich mit eingeschränktem Regelbetrieb.